

dass es für die Umwelt viel bedeutet, wenn man den Schwefelgehalt im Heizöl senkt. Aber hier steht die Leistungsfähigkeit der Anlage Cressier an, die die schweizerischen Normen nicht mehr erfüllen kann. Darauf versucht man doch Rücksicht zu nehmen! Das ist aber eine falsche Rücksicht. Wir müssen schauen, dass diese Anlage die neuesten Normen erfüllen kann. Es wäre auch für das weite Umfeld der Anlage, in Neuenburg und Bern, eine Wohltat, wenn sie auf den allerneuesten Standard gebracht werden könnte.

**Bundesrat Cotti:** Es kann sich tatsächlich in anderthalb Jahren – so alt ist Ihr Vorstoss, Herr Jaeger – einiges ereignen. Sie können Ihre Meinung über den Bundesrat wohlwollend verbessern, und der Bundesrat kann auch Fortschritte machen. So z. B. bei dieser Frage des Schwefelgehaltes bei Heizölen. Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass eine Massnahme, die total verbindlich ist, vorderhand nicht in Frage kommen kann. Aber Ihnen ist wahrscheinlich entgangen, Herr Jaeger, dass der Bundesrat gemäss seinen Beschlüssen vom Monat Februar dieses Jahres die Entwicklung zum Heizöl «Extra leicht» dadurch beeinflussen will, dass Lenkungsabgaben eingeführt werden. Dieser Weg kann gemäss den Angaben von Elektrowatt zu einer wesentlichen Reduktion führen, ohne dass man die Versorgung gefährdet.

Ich füge noch hinzu: Während wir bei den anderen Leitstoffen, wo wir die Ziele nicht erreicht haben, wahrscheinlich anders gehandelt hätten, geht es hier – nachdem das Ziel schon erreicht ist – nur darum, etwas weiterzugehen. Wir können weitergehen über Lenkungsabgaben, und wir werden Ihnen Lenkungsabgaben unterbreiten. Ich hoffe, die Vernehmlassung zur Revision des Umweltschutzgesetzes noch bis Mitte dieses Jahres eröffnen zu können. Dadurch glauben wir, voll und ganz den Zielen zu entsprechen. Wir bitten Sie also, dem Vorgehen des Bundesrates den Vorzug zu geben.

**Präsident:** Der Motionär erklärt sich nach diesen Ausführungen von Herrn Bundesrat Cotti mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden.

*Ueberwiesen als Postulat – Transmis comme postulat*

88.341

## Interpellation Sager Klimaveränderungen Transformations climatiques

*Wortlaut der Interpellation vom 7. März 1988*

Kompetente Wissenschaftler warnen immer eindringlicher vor dem weltweit bedrohlich ansteigenden Gehalt der Luft an Kohlendioxid und weiteren Gasen wie Methan, Chlor-Fluor-Kohlenwasserstoffen und Distickstoffoxid. Diese Gase sind für Sonnenlicht durchlässig, hemmen jedoch die Wärmeabstrahlung der Erde. Es besteht daher der begründete Verdacht, dass im Verlaufe der nächsten 50 bis 100 Jahre die mittlere Temperatur der Erde wegen des Kohlendioxids um 1,5 bis 4,5 °C ansteigen wird.

Daher frage ich den Bundesrat an, ob er, als Beitrag zur Vermeidung einer klimatischen Katastrophe, gewillt ist, folgende Massnahmen ins Auge zu fassen:

1. Reduzierung der Verbrennung von leichtem Heizöl durch Förderung der Fernheizung;
2. Reduzierung des Benzinverbrauchs durch Förderung der Elektromobile;
3. Sofortiges Verbot von Spraydosen, Ueberwachung von Kühl- und Klimaanlage sowie der Kunststoffverschäumung zwecks Eindämmung der Abgabe von Chlor-Fluor-Kohlenwasserstoffen;

4. Kontrolle der mikrobiellen Zersetzung von Kunstdünger und der Verbrennung organischer Substanzen zwecks Eindämmung der Distickstoffoxid-Abgabe;
5. Der Rodung von Wäldern durch Importbeschränkung tropischer Hölzer Einhalt zu gebieten;
6. Auf internationaler Ebene Initiativen zu ergreifen, damit diese Massnahmen weltweit durchgesetzt werden können.

*Texte de l'interpellation du 7 mars 1988*

Des scientifiques compétents insistent toujours davantage sur la teneur croissante de l'air en dioxyde de carbone et en autres gaz tels que le méthane, le chlorofluorocarbone et l'oxyde azoté, ce qui constitue une menace pour le monde entier. Ces gaz laissent passer la lumière du soleil, mais entravent la déperdition de chaleur de la terre. C'est pourquoi on craint à juste titre qu'au cours des 50 à 100 prochaines années, la température moyenne du globe terrestre n'augmente de 1,5 à 4,5 °C à cause du dioxyde de carbone et dans la même proportion à cause des autres gaz. En conséquence, je prie le Conseil fédéral de dire s'il est prêt à prendre les mesures suivantes en vue d'empêcher une catastrophe de caractère climatique:

1. réduire la combustion de mazout en favorisant le chauffage à distance;
2. réduire la consommation d'essence en développant les automobiles électriques;
3. interdire immédiatement les boîtes aérosol et surveiller les installations frigorifiques et de climatisation ainsi que la transformation en mousse des matières plastiques aux fins de réduire le dégagement de chlorofluorocarbone;
4. contrôler la transformation par les microbes des engrais artificiels et la combustion de substances organiques en vue de réduire l'émission d'oxyde azoté;
5. mettre un terme au défrichement des forêts en limitant les importations de bois tropicaux;
6. prendre des initiatives sur le plan international pour que ces mesures soient exécutées dans le monde entier.

*Mitunterzeichner – Cosignataire:* Keine – Aucun

*Schriftliche Begründung – Développement par écrit*

Seit 1800 ist der Kohlendioxid-Gehalt der Luft von damals rund 280 ppm (ppm = Millionstel Volumenanteil) auf heute knapp 350 ppm angestiegen und nimmt gegenwärtig achtmal schneller zu als anfangs des letzten Jahrhunderts. Der Grund liegt vornehmlich in der Verbrennung fossiler Stoffe und in der Gefährdung von Teilen der Biosphäre (Rodung von Wäldern und Bodenzerstörung). Bei einer künftigen Steigerung der Kohlendioxid-Freisetzung um nur 1 Prozent, wie sie allein von China produziert wird, soll der Kohlendioxid-Gehalt der Luft in 50 bis 100 Jahren auf 500 bis 600 ppm ansteigen, was die mittlere Temperatur um 1,5 bis 4,5 °C zu erhöhen droht. Ein ähnlicher Temperaturanstieg wird durch die Abgabe der andern erwähnten Gase bewirkt. Als Folge einer solchen Klimaveränderung könnten sich die Trockenzonen um einige hundert Kilometer nordwärts verschieben und die heute dichtbesiedelten Zonen um das Mittelmeer, in den USA und in der südlichen UdSSR in Trockengebiete verwandeln.

Ferner würde wegen des Abschmelzens der Eiskappen der Meeresspiegel um weitere 30 bis 120 cm ansteigen, gegenüber der bereits erfolgten Zunahme von 10 bis 20 cm seit 1900. Das hätte die Ueberschummung grosser und ebenfalls dichtbesiedelter Uferzonen aller Kontinente zur Folge. Da Klimamodell-Rechnungen zwar einen Unsicherheitsfaktor aufweisen, deren Ergebnisse jedoch nicht von der Hand zu weisen sind, sollten so rasch als möglich Massnahmen getroffen werden, um der Luftverschmutzung wirksam Einhalt zu gebieten. Selbst ein Ansteigen der mittleren Temperatur um 1 °C könnte gefährliche Verschiebungen der Klimazonen nach sich ziehen.

Das bedeutet – immer nach Ansicht kompetenter Wissenschaftler –, dass sofort und weltweit die Emission von Gasen um jährlich mindestens 2 Prozent reduziert werden müsste. Dazu sind insbesondere die Industrieländer aufgerufen, die

für den grössten Teil des Ausstosses von Kohlendioxid, Chlor-Fluor-Kohlenwasserstoffen und Distickstoffoxid verantwortlich sind.

In erster Linie geht es um die Reduktion des Verbrauches fossiler Energieträger durch vermehrte Nutzung anderer Energiequellen und durch drastische Sparmassnahmen. Ebenso müssten die Chlor-Fluor-Kohlenwasserstoffe ersetzt und der Einsatz von Kunstdünger eingeschränkt werden. Klimaveränderungen, wie sie durch Spurengase verursacht werden, treten im Verlauf von Jahrzehnten langsam ein. Sind sie aber einmal offensichtlich, so wird es wohl für jede Einwirkung zu spät sein.

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 6. Juni 1988*

*Rapport écrit du Conseil fédéral du 6 juin 1988*

Die anthropogen bedingten Emissionen von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) und weiteren Spurengasen wie Fluorchlorkohlenwasserstoffen, Methan oder Distickstoffoxid bilden ein globales Problem, zu dem die Schweiz nur marginal beiträgt. So macht der schweizerische CO<sub>2</sub>-Ausstoss, der zu rund einem Drittel vom Treibstoffverbrauch und zu zwei Dritteln vom Brennstoffverbrauch verursacht wird, nur höchstens 2 Promille der gesamten anthropogenen CO<sub>2</sub>-Emission aus.

Der Bundesrat ist deshalb der Ansicht, dass Lösungen in erster Linie auf internationaler Ebene angestrebt werden müssen. Er unterstützt grundsätzlich alle internationalen Bemühungen zur Reduktion des Energieverbrauchs (insbesondere bei den grössten Energieverbrauchern der Erde) und der Waldzerstörung in den Tropen.

Neben diesen internationalen Bemühungen unternimmt der Bundesrat auch im nationalen Bereich Anstrengungen zur Bekämpfung der Ursachen des Treibhauseffektes. Dabei geht es vor allem um Massnahmen, die darauf abzielen, den Energieverbrauch – und damit auch den Verbrauch fossiler Brenn- und Treibstoffe – zu verringern.

Zu den einzelnen Fragen nimmt der Bundesrat wie folgt Stellung:

1. und 2. Aus der Erkenntnis heraus, dass jede Art der Energieerzeugung die Umwelt in der einen oder anderen Weise belastet, misst der Bundesrat allen Massnahmen, die auf die tatsächliche Einsparung von Energie abzielen, grösere Bedeutung zu als der Substitution zum Beispiel von Heizöl «Extra leicht» durch Fernheizung oder von Benzin durch Elektrizität. Die Erhöhung der Elektrizitätsproduktion zur Substitution fossiler Energieträger kann deshalb nicht die Lösung sein. Es gilt zu bedenken, dass einem weiteren Ausbau von nuklearen und nichtnuklearen Kraftwerken Grenzen gesetzt sind. Energiesparmassnahmen haben Priorität. So hat der Bundesrat im Bereich der Energiepolitik die Schaffung eines Energieartikels vorgesehen, mit dem namentlich das Energiesparen verstärkt und alternative Energien gefördert werden sollen. Dieser Energieartikel könnte durch eine Energieabgabe ergänzt werden. Im Bereich der Verkehrspolitik tritt der Bundesrat für eine verstärkte Förderung des öffentlichen Verkehrs ein, da dieser energiesparender ist als der private Individualverkehr. Massnahmen in dieser Richtung sind unter anderem die «Bahn 2000», Tarifmassnahmen und Fahrplanverdichtungen sowie der Verzicht auf den Weiterausbau des beschlossenen Nationalstrassennetzes, wie sie im Luftreinhalte-Konzept des Bundesrates vom 10. September 1986 aufgeführt sind.

3. Der Bundesrat sieht vor, die Verwendung von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FKW) in Spraydosen unter Berücksichtigung von Ausnahmen, insbesondere für spezielle medizinische Anwendungen, zu verbieten. Eine entsprechende Revision der Stoffverordnung ist in Vorbereitung und soll in der ersten Hälfte dieses Jahres in die Vernehmlassung gehen. Der freiwillige Beschluss der Assoziation der Schweizerischen Aerosolindustrie von Ende August 1987, bis Ende 1990 auf FKW weitgehend zu verzichten, erleichtert das Vorgehen wesentlich.

Das federführende Bundesamt für Umweltschutz hat im Auftrag des Bundesrates im Laufe des Jahres 1987 mit den

anderen Industriezweigen, die FKW verwenden, Gespräche geführt, um auch hier den FKW-Verbrauch so weit wie möglich zu vermindern. Betroffen sind im wesentlichen die Branchen Kältetechnik (Kühlschränke, Klimaanlage, Wärmepumpen usw.), Schaumstoffe (v. a. Wärmedämmstoffe im Bauwesen) und Reinigungstechnik (Elektronikindustrie, Metallindustrie, Textilpflege). Weitere Abklärungen sind vorgesehen bei denjenigen Wirtschaftszweigen, die bromhaltige Fluorkohlenwasserstoffe (Halone) verwenden (v. a. Feuerlöschanlagen). Bevor konkrete gesetzliche Massnahmen ins Auge gefasst werden können, müssen in diesen Bereichen noch eine Reihe technischer und ökonomischer Fragen geklärt werden. An Lösungen zu diesen Fragen wird auch in andern Ländern sowie in internationalen Organisationen gearbeitet. Unser Land beteiligt sich am diesbezüglichen internationalen Informationsaustausch. Es muss vermieden werden, dass durch die Lösung eines Umweltproblems andere Umweltprobleme geschaffen werden.

4. Ein wissenschaftlicher Bericht der Forschungsanstalt für Agrikulturchemie und Umwelthygiene Liebefeld zeigt, dass aus der schweizerischen Landwirtschaft – grösstenteils durch den Hofdüngereinsatz – jährlich über 100 000 Tonnen Stickstoff in die Atmosphäre verloren gehen. Etwa 20 000 Tonnen davon entweichen als Distickstoffoxid (N<sub>2</sub>O); der Beitrag der Stickstoff-Handelsdünger ist dabei gering. Der dem N<sub>2</sub>O zuzuordnende gesamte klimawirksame Effekt macht heute etwa 4 Prozent jenes von CO<sub>2</sub> aus; er dürfte aber in den kommenden fünfzig Jahren auf gegen 15 Prozent ansteigen. Eine direkte Kontrolle der N<sub>2</sub>O-Abgabe aus Düngern in die Luft ist nicht durchführbar, weil dieser Verlust durch die schwer beeinflussbare Denitrifikation von Stickstoffverbindungen aus Hofdüngern, Handelsdüngern und anderen Quellen im Boden entsteht. Die Denitrifikationsverluste sind besonders hoch bei hohen Gaben stickstoffhaltiger Dünger im Wiesland und auf durchnässten Böden. So darf Wiesland nicht überdüngt werden, und durchnässte Böden dürften überhaupt nicht gedüngt werden. Es geht letztlich darum, den Stickstoffumsatz in der Landwirtschaft zu reduzieren, d. h. weniger stickstoffhaltige Dünger in der Landwirtschaft einzusetzen. In diesem Bereich wirken die Düngungsvorschriften der Stoffverordnung vom 9. Juni 1986, welche einen gezielten, an die Pflanzenbedürfnisse angepassten Düngereinsatz verlangen, die Massnahmen des Bundesrates zur Beschränkung der Höchsttierbestände und die im revidierten Gewässerschutzgesetz vorgeschlagene strenge Begrenzung des Hofdüngereinsatzes (3-Düngergrössvieheinheiten-Regelung). Im übrigen verursachen leider auch Bodenverdichtungen durch schwere Landmaschinen zusätzliche Stickstoffverluste in Form von N<sub>2</sub>O.

5. Zu dieser Frage verweist der Bundesrat auf seine ausführliche Stellungnahme zur Interpellation grüne Fraktion vom 9. März 1988, Tropenholzimport und einheimische Waldwirtschaft.

6. Der Bundesrat ist überzeugt, dass es angesichts des grenzüberschreitenden und globalen Charakters des CO<sub>2</sub>-Problems einer Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit bedarf. Er wird deshalb auch künftig internationale Initiativen zur Reduktion des weltweiten Energieverbrauchs sowie zur Verminderung der Zerstörung tropischer Wälder unterstützen. In Anbetracht der Bedeutung, die insbesondere der Sensibilisierung der Bevölkerung für Energiesparanstrengungen zukommt, wird der Bundesrat auch weiterhin die Aufklärungsarbeit internationaler Organe, wie zum Beispiel des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (PNUE) oder des Internationalen Naturschutzbundes (IUCN), fördern, in deren Arbeitsprogrammen Forschung, Ausbildung, Erziehung und Information besonders breiten Raum einnehmen.

Am 16. September 1987 hat die Schweiz in Montreal gemeinsam mit 23 andern Staaten und den Europäischen Gemeinschaften ein Protokoll über ozonschichtabbauende Substanzen unterzeichnet. Es wird frühestens am 1. Januar 1989 in Kraft treten; die Ratifikation durch die Schweiz ist noch in diesem Jahr vorgesehen. Dieser nach zähen Ver-

handlungen zustande gekommene internationale Vertrag dürfte innerhalb von gut zehn Jahren zu einer Reduktion des globalen FKW-Verbrauchs von rund 50 Prozent führen. Das Protokoll von Montreal – ein erstes Zusatzprotokoll im Rahmen des Wiener Übereinkommens zum Schutze der Ozon-schicht – sieht unter anderem auch eine periodische Überprüfung der international getroffenen Massnahmen vor. Der Bundesrat wird sich für eine rasche und möglichst weitgehende Reduktion des FKW-Verbrauchs einsetzen.

**Sager:** Ich benütze die Gelegenheit, dem Bundesrat uneingeschränkt zu danken für seinen Einsatz gegen die Zerstörung der Ozonschicht und für die damit dringend nötig gewordene Reduzierung der für das Ozonloch verantwortlichen Fluorchlorkohlenwasserstoffe.

Indes möchte ich – ohne diesen Dank einzuschränken – meinem Bedauern Ausdruck geben, dass, wegen der Werbewirksamkeit des Ozonloches, eine andere Folge von Gasabgabe – nicht nur der Fluorchlorkohlenwasserstoffe – jetzt in den Hintergrund und in Vergessenheit zu geraten droht. Eine klassische Verdrängung; denn ebenso bedrohlich wie das Ozonloch ist der sogenannte Treibhauseffekt als Folge gesteigerter Gasabgabe. Dafür ist nicht nur der Fluorchlorkohlenwasserstoff verantwortlich, sondern auch das Methan und das Stickstoffoxid sowie das Kohlendioxid. Letzteres ist ganz besonders an dieser gefährlichen Gasabgabe beteiligt. Es werden heute immerhin 90 Prozent des Weltenergiebedarfes durch das Verbrennen fossiler Stoffe, vor allem Kohle und Oel, gedeckt.

Angesichts dieses Umstandes bin ich enttäuscht von der Antwort des Bundesrates, wenn ich darin die Feststellung lese: «Die Erhöhung der Elektrizitätsproduktion zur Substitution fossiler Energieträger kann deshalb nicht die Lösung sein.» Das ist eine Behauptung. Sie verweist auf den vorangehenden Satz; dort ist ein Werturteil enthalten, das lautet: «Der Bundesrat misst allen Massnahmen, die auf die tatsächliche Einsparung von Energie abzielen, grössere Bedeutung zu als der Substitution.»

Ich verkenne – Herr Bundesrat – die Bedeutung der Einsparung von Energie nicht. Ich praktiziere das seit Jahrzehnten. Ich weiss deshalb um die Schwierigkeit, in meinem Umkreis für das Verständnis zu werben, Energie einzusparen, etwa wenn man von meiner Wohnung aus sieht, wie das Bundeshaus Nacht für Nacht in hellster Beleuchtung erscheint, und ich dann meine Tochter davon zu überzeugen versuche, dass man Elektrizität sparen sollte.

Auch wenn wir mit allen möglichen Methoden Energie im höchsten Ausmasse sparen, können wir nicht das leisten, was geleistet werden muss. Der Kohlendioxidgehalt der Luft ist seit dem Jahre 1800 um einen Viertel angestiegen und wächst heute achtmal rascher als zu Beginn des letzten Jahrhunderts. Bei einer künftigen Steigerung von nur einem Prozent – das leistet China allein – wird sich der CO<sub>2</sub>-Gehalt der Luft voraussichtlich in 50 bis 100 Jahren verdoppeln. Das könnte die mittlere Temperatur auf der Erde um 1,5 bis 4,5 Grad anheben. Dann könnte es sein, dass der Meeresspiegel durch die Abschmelzung der Eiskappen in der Arktis und Antarktis um 30 bis 120 cm ansteigt. Das könnte bedeuten, dass mehr als die Hälfte von Ländern mit grossen Küstengebieten verloren geht: die Niederlande, Indonesien, Bangladesch, Thailand. Wenn diese Klimakatastrophe vor der Tür steht, ist sie nicht mehr aufzuhalten.

Herr Bundesrat, ich entbinde Sie von einer Antwort. Aber ich wäre dankbar, wenn Sie der Substitutionsnotwendigkeit von fossilen Brennstoffen etwas grössere Aufmerksamkeit schenken könnten.

**Bundesrat Cotti:** Bei dieser interessanten Auslegung, die der Nationalrat heute abend über die Fragen der Luftreinhaltung vornimmt, geraten wir mit der Interpellation von Herrn Sager in einen Bereich, der gegenüber den vorher besprochenen mindestens vorderhand wohl weniger die Gemüter erregt, der aber mit Bestimmtheit – Sie haben recht, Herr Sager – mittel- und langfristig noch grössere Gefahrenpotentiale enthält. Es geht um die Frage der soge-

nannten Klimaveränderungen, der chemischen Prozesse, die, durch eine Reihe von Stoffen hervorgerufen – Sie haben einige davon erwähnt –, auf mittlere Sicht ganze Erdteile in Gefahr bringen und zu unhaltbaren Veränderungen des Klimas führen könnten.

Wir haben gehört, dass wir uns bei einer Reihe sogenannter Leitstoffe den Zielen nähern. Die Übung ist zwar mühsam, es gelingt uns jedoch, gewisse Erfolge zu zeitigen. Wenn man aber vom Treibhauseffekt spricht – dort kann sogar ein Laie oder ein Jurist mitkommen –, bei dem die CO<sub>2</sub>-Produktion wesentlich beteiligt ist, wissen wir seit dem Gymnasium, dass CO<sub>2</sub> bei der Verbrennung von fossilen Energieträgern produziert wird. Es gibt technisch überhaupt keine Möglichkeit, Herr Sager, die Produktion von CO<sub>2</sub> bei der Verbrennung fossiler Energie zu unterbinden. Bei Stickoxiden können wir über Katalysatoren zu wesentlichen Reduktionen gelangen und die Emissionen auf diese Weise bremsen, bei CO<sub>2</sub> aber gibt es nur einen Weg; dieser Weg heisst: Verminderung des Verbrauches von fossilen Energien. Deshalb möchte ich Sie bitten, bei Ihren Parlamentsdebatten immer wieder die Auswirkungen im Bereich des Umweltschutzes zu bedenken.

Betrachten wir diese Fragen weltweit – sie werden sich wohl erst in einigen Jahren in aller Deutlichkeit präsentieren –, so stellen wir heute bereits eine erstaunliche und auch betrübliche Einheit der Meinungen unter den Wissenschaftlern fest. Wir müssen uns immer wieder bewusst sein: Bei diesen Fragen verfügen wir kaum über technische Mittel, es gibt einzig die Reduktion des Konsums fossiler Energien.

Zuerst sei das Sparen genannt. Sie werden in nächster Zeit darüber debattieren können: Energieartikel, Energiesparabschluss, wenn Sie wollen: künftiges Energiegesetz. Sie werden reichlich Zeit zur Verfügung haben, um über das Sparen zu diskutieren. Ich sage meine Überzeugung offen: Die Beschlüsse sind nunmehr gefasst; von Nuklearenergie wird in diesem Lande wohl eine Zeitlang nicht mehr gesprochen werden können, aber meiner Meinung nach sind die Gefahren, welche dort verborgen sind, langfristig viel weniger gross als die Gefahren, welche der Treibhauseffekt für die ganze Menschheit rein theoretisch in sich birgt.

Wir sind in diesen Fragen weltweit engagiert. Noch dieses Jahr finden in Holland die Vorbereitungen einer weltweiten Konferenz über die Klimaveränderungen statt; die Konferenz selbst wird nächstes Jahr in Genf abgehalten. Wir werden sie beherbergen können und sind froh, auch hier unsere Dienstleistungen und unsere Ideen anbieten zu können. Ich verschweige Ihnen aber nicht, dass ich vor diesem Problem viel mehr Angst habe als vor dem vorangegangenen. Wir sind sicher noch sehr weit von einer Lösung entfernt, mehr kann ich in diesem Zusammenhang nicht sagen. Verzeihen Sie, wenn ich hier etwas weniger optimistisch gewesen bin als bei den vorangegangenen Problemen.

*Schluss der Sitzung um 19.25 Uhr  
La séance est levée à 19 h 25*

## **Interpellation Sager Klimaveränderungen**

## **Interpellation Sager Transformations climatiques**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1989
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	11
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	88.341
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	13.03.1989 - 14:30
Date	
Data	
Seite	430-432
Page	
Pagina	
Ref. No	20 017 232

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.